

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Die Abonnementspreise sind für Berlin und die Provinz verschieden. Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten ist der Zuschlag fort. Invertrags für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Invertrags-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10  
Telefon: Amt Koepen 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Amerita wartet auf den Frieden.

## Eine Rede Wilsons.

HN. Haag, 20. August.

Präsident Wilson sprach im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten über den Friedensvertrag. Er legte in ausführlichen Erklärungen dar, daß die Wiederherstellung der normalen Bedingungen für das wirtschaftliche und soziale Leben von der Entscheidung des Senats über den Friedensvertrag abhängt, was dieses Problem im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des internationalen Lebens eine dringende Zusammenarbeit von allen Parteien und Interessierten fordert. Eine Finanzschwäche würde die Gefahr für das amerikanische Volk, und für alle nationalen Vorkämpfer, auf die die Amerikaner Wert legen, vergrößern. Wilson führte aus, daß die Kupferminen von Montana und Alaska mit ihren Kosten und Verlusten in Betrieb gehalten werden, zum Teil sogar mit geliehenem Geld. Die Einkünfte von Missouri und Tennessee und Wisconsin sind auf die Hälfte ihrer Erzeugungsfähigkeit gekommen. Aus den Berichten von Illinois und Wisconsin geht hervor, daß in den dortigen Kleinminen nur noch die Hälfte des früheren Absatzes gefertigt werde. Es besteht ein dringendes Bedürfnis nach Arbeitern, das nicht befriedigt werden könne, weil die Handelskanäle durch den Krieg verengt seien, während es keinen Krieg mehr gebe. Tomate geht von Hochbaumwolle, von denen die Jentonsmaschine schon früher beinahe vier Millionen Ballen gekauft haben. Es geht überhaupt für alle Rohmaterialien, denn es gebe kaum noch ein Rohmaterial oder irgendeine Art von Rohmaterial, bei denen dies nicht der Fall wäre. Unsere vollständige, enorm wachsende Erzeugung, führte Wilson aus.

### wartet auf den Frieden.

Unsere militärischen Pläne waren natürlich auch darauf, die Finanzen nicht endgültig entscheiden, wie groß die militärische Macht wird, die wir aufrecht erhalten sollen oder in welcher Richtung sich unsere Politik der militärischen Ausbildung bewegen wird, bevor wir nicht nur den Frieden haben, sondern auch bevor wir wissen, daß der Frieden aufrechterhalten bleiben wird, zum Heile jeder Nation. Es gibt noch mehrere Schwierigkeiten. Der große Mangel an Holz ist ein nicht zu vernachlässigendes Mittel und Acker, dessen Verkauf von Einfluß auf die normale Erzeugung sein wird, sondern auch große Einrichtungen für Erzeugnisse, die ihrer früheren Bestimmung zurückgegeben werden müssen, sowie große Maschinen, Maschinen und alle Arten Waffen, die unbenutzt liegen bleiben müssen, bis der Frieden und die militärische Politik endgültig bestimmt sind. Aus demselben Grunde kann das nationale Budget nicht untergraben werden. Die Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben, wie Großbritannien, Belgien und Frankreich, können bereits ihre Pläne so aufbauen, daß sie die Kontrolle über die Märkte in Zentralasien ohne unsere Konkurrenz durchführen können, wenn wir nicht sofort handeln. Wir haben keine Konjunkturpläne, keine Handelsvertreter, die dort unsere Interessen wahrnehmen können. Es gibt große Gebiete in Europa, deren Zukunft unklar ist und von der definitiven Regelung des Friedens abhängt. Eine bestimmte Märkte kann sich unsere Produktion nicht erwidern. Es kann

Deutsch führen könnte, geschehen müsse, und wies darauf hin, daß in einem solchen Falle die Entscheidung des Völkerbundes eingeholt werden müßte. Der Präsident betonte, daß die Einwanderungen und Naturalisationen zweifellos innere Angelegenheiten seien, aber die ein internationaler Verband niemals entscheiden könne.

## Eine amerikanische Note an Mexiko.

Das Präsidium in Mexiko meldet aus New York, daß das Staatsdepartement an die mexikanische Regierung wegen der Gefangennahme von zwei amerikanischen Fliegern durch mexikanische Soldaten eine in scharferm Tone gehaltene Note gerichtet hat, in der die sofortige Freilassung gefordert wird. „New York Times“ erzählt an maßgebender Stelle, daß die amerikanische Note die schärfste Note ist, die die jetzige amerikanische Regierung jemals an eine auswärtige Macht gerichtet hat und daß auch das Kriegsamt Maßregeln ergreift, um sich auf jede Lage vorzubereiten, die aus diesem Konflikt entstehen kann.

## Kriegerische Spannung im fernem Osten.

Amsterdam, 20. August.

„New York Sun“ meldet: Thomas F. Willard, eine Autorität in Fragen des fernem Ostens, habe vor dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärt, so wie sich augenblicklich die Lage im fernem Osten entwickle, bestehe die größte Gefahr eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Zu seiner Verhütung könne der Senat viel beitragen, wenn er vor der Ratifizierung des Friedensvertrages das Staatsdepartement veranlassen könnte, eine kategorische Anfrage an die britische und französische Regierung bezüglich ihrer Geheimabkommen mit Japan zu richten. Japan habe keineswegs die Absicht, Schantung zurückzugeben, und nur die Gewissheit, daß es einer erdrückenden Übermacht gegenüberstehe würde, könne Japan von der Unterwerfung eines Angriffs gegen China abbringen. Willard schlug vor, Amerika sollte sich für seine Bereitwilligkeit, Frankreich beizustehen, die Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs gegenüber Japan sichern.

## Die Milionenabfindung.

Zu der von uns in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichten Mitteilung, daß das preussische Kabinett Wilhelm von Abfindung die ungeheure Summe von 170 Millionen als Abfindung zahlen will, schreiben die „P. B. R.“: Wie die P. B. R. dazu an zuständiger Stelle erfahren, ist diese Meldung in allen Einzelheiten sachlich unzutreffend. In der französischen Kabinettsitzung hat keinerlei Vorlage über eine Entschädigung des Kaisers zur Beratung gekommen. Es ist lediglich bei Besprechungen über den Stand des Kronvermögens darauf hingewiesen worden, daß dieses annähernd die Höhe von 195 Millionen Reichsmark erreicht. Da eine konkrete Vorlage dem Kabinett gar nicht unterbreitet worden ist, können also auch die Minister einer solchen ihre Zustimmung nicht erteilt haben. Wie nochmals betont wird, ist bisher kein wie immer gearteter Beschluß über eine Abfindung des ehemaligen Kaisers gefaßt worden. Damit fallen alle von der „Freiheit“ an ihre Meldung geknüpften Folgerungen in sich zusammen. Die Meldung selbst entsprang sich als eine der üblichen, von den Unabhängigen zur Stimmungsmache gegen die Regierung bestimmten Forderungen.

Wir hatten als Folgerung bemerkt, daß es des schärfsten Druckes der preussischen Bevölkerung bedürfe, um die Absicht dieser ungeheuerlichen Geldvergeudung im Keime zu ersticken. Wir können nicht finden, daß durch das Dementi der P. B. R. diese Folgerungen in sich zusammenfallen. Im Gegenteil! Das Dementi betont mit auffallender Schärfe, daß eine konkrete Vorlage dem Kabinett nicht gemacht worden und auch kein Beschluß über die Abfindung gefaßt worden sei. Es gibt aber zu, daß Beratungen über den Stand des Kronvermögens stattgefunden haben.

Ohne unserem Gewährsmann voranzureifen, stellen wir aber fest, daß die zuständige Stelle nicht mitteilt, daß das Kabinett eine solche Abfindung nicht beschließen oder der Landesversammlung nicht vorschlagen wird. Deshalb hat unsere Veröffentlichung vollumfänglich den Zweck erfüllt: die Öffentlichkeit gegen das bevorstehende Attentat auf die Interessen des Volkes aufmerksam zu machen.

## Die Wohnungsnot.

Unter den vielen Nöten, die der zerstörerische Krieg uns bekehrt und bis zur Unerträglichkeit gesteigert hat, steht die Wohnungsnot heute im Vordergrund. In ihren tieferen Ursachen ist sie ein notwendiges, chronisches Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren immanente Lebensgefahr dieses soziale Uebel geradezu bedingen. Friedrich Engels hat in seinen, im Jahre 1873 veröffentlichten meisterhaften Aufsätzen „zur Wohnungsfrage“ die ursächlichen Zusammenhänge zwischen dieser und der kapitalistischen Wirtschaft bloßgelegt. Gegenüber den kleinbürgerlichen Konfusionsstücken und Kurpfuschern, die sich schon immer mit besonderer Vorliebe auf diesem Gebiete verprügeln, bemerkt er, daß eine Gesellschaftsordnung nicht ohne Wohnungsnot bestehen kann, in der die große arbeitende Klasse auf Arbeitslose, also auf die zu ihrer Existenz und Fortpflanzung notwendige Summe von Lebensmitteln, ausschließlich angewiesen ist; in der fortwährend neue Verbesserungen der Maschinerie usw. Massen von Arbeitern außer Arbeit setzen; in der heftige, regelmäßig wiederkehrende industrielle Schwankungen einerseits das Vorhandensein einer zahlreichen Reservearmee von unbefähigten Arbeitern bedingen, andererseits zeitweilig die große Masse der Arbeiter arbeitslos auf die Straße treiben; in der Arbeitermassen in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen; in der also für die infamsten Schweinehöfe fast immer Mieter finden müssen; in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rückwärtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Mißwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird.

Alles das trifft heute in verstärkter Maße zu. Seit Engels Zeiten ist der Kapitalismus gewaltig gewachsen und mit ihm die sozialen Kräfte; und nun hat die furchtbarste Krisis der Weltgeschichte, der Weltkrieg, aus der chronischen Wohnungsnot eine akute gemacht, hat er die Dinge derart auf die Spitze getrieben, daß Abhilfe geschaffen werden muß.

Während des Krieges hat die Bautätigkeit fast völlig geruht. Menschen und Material wurden in den Dienst des Krieges gestellt. Auf der anderen Seite ist zwar die Bevölkerungszahl nicht größer geworden, aber die Zahl der Haushalte hat zugenommen. Ferner ist eine wachsende Nachfrage nach mittleren und kleinen Wohnungen zu verzeichnen, eine Nachfrage, die bei ruhender Bautätigkeit die vorhandenen Wohnungen weit übersteigt. Das zusammen hat die Wohnungsnot zu einem öffentlichen Notstand gemacht.

Aus allen Städten Deutschlands kommen Klammerrufen über steigende Wohnungsnot. Viele Städte verbieten den Bezug, da nicht einmal für alle ortsanfässigen Einwohner Wohnungen vorhanden sind. Die Jagd nach Wohnungen und die Preise, die dafür gezahlt werden müssen, übertreffen bereits die Lebensmittelkammerpreise. Gerissene Spekulantinnen suchen den Wohnungswander mit dem Wucher anderer Gegenstände zu verbinden; sie hatten eine 6- oder 8-Zimmer-Wohnung mit „antiken“ Möbeln aus, und die ganze Herrlichkeit ist samt Mietkontrakt für die Kleinigkeit von 100 000 Mk. zu verkaufen. Diese wahnwitzigen Spekulationen wirken natürlich auch auf die Preisbildung für mittlere und kleine Wohnungen zurück.

Was ist dem Staat zur Besserung der Uebelstände geschehen? Als der Krieg seinem Ende zuging, da kam die famose Verordnung, Keller- und Dachwohnungen für die heimkehrenden Feldgrauen herzurichten, Quartiere, die bis dahin baupolizeilich beanstandet waren. Das war der Dank des Vaterlandes an die Männer, die vierzehnhalf Jahre mit dem Tode rangen, die in finstern Unterländern, nassen Höhlen, lebensgefährlichen Kaminen, kalten Baracken gehaust und ihre Gesundheit damit zermürbt hatten.

Die neue Regierung hat am 15. Januar 1919 ein Gesetz zur Behebung der dringenden Wohnungsnot erlassen. Das Gesetz verfügt die Einsetzung von Bo-

## Keine Stabilisierung der Löhne

sehen, weil keine festgesetzten Arbeitsbedingungen bestehen. Es können keine normalen industriellen Rechte bestehen, weil kein Vertrauen in eine dauernde Wiederherstellung der Geschäfte vorhanden sein kann. Alle Elemente unseres normalen Lebens warten auf die Ratifizierung des Vertrages. Wir dürfen keinen einzigen Tag verlieren. Nichts heißt die Ratifizierung des Vertrages im Wege außer einem gewissen Zweifel über die Bedeutung des Völkerbundesvertrages, und ich muß sagen, ich kann nicht begreifen, warum diese Zweifel bestehen sollen. Ich will Sie daran erinnern, daß alle bestehenden Fragen über den Völkerbund im Völkervertrag als eine Konferenz mit Ihrer Kommission für auswärtige Angelegenheiten abgehandelt, mit Rücksicht auf die sofortige Ratifizierung der Verfassung beschlossen wurden. Der erste Entwurf ist einer Revision unterzogen worden. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine besondere Anerkennung der Grundzüge der Völkerbundescharte einseitig werden müßte, daß besonders bestimmt wurde, daß der Völkerbund kein Recht in Sachen der inneren Politik angeht, sondern nur in Sachen der äußeren Politik. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das Verfassungsrecht des Kongresses, über Krieg und Frieden zu entscheiden, nicht genügend gesichert war. Bei meiner Rückkehr nach Paris sind alle diese Dinge neuerlich von der Völkerbundkommission geprüft worden und

der Vorschlag der Vereinigten Staaten wurde angenommen. Die Ansicht der Vereinigten Staaten über die durch mich genannten Probleme war in Wirklichkeit bereits durch die Kommission angenommen. Es bestanden keine Bedenken, klar im Text zu sagen, was vorausgesetzt wurde und was tatsächlich darin enthalten ist. Wilson sprach dann ausführlich über Artikel 16 des Völkerbundesvertrages, der davon handelt, was im Falle einer Uneinigkeit zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes, die zu einem

Wohnungskommissionen, deren Aufgabe es ist, im Bedarfsfälle für die Herstellung von Kleinwohnungen Entwürfen privaten Grundbesitzes gegen Entschädigung vorzunehmen. Weiter kann der Kommissar die in seinem Bezirk geeigneten Biegeleien und ähnliche Betriebe zur Produktion anhalten, im Weigerungsfalle zur Beschlagnahme schreiten; durch Beschlagnahme kann auch das erforderliche Material beschafft werden. Der Kommissar kann weiter Auszubehalten verbieten. Wenn wir während des ganzen Frühjahrs und Sommers von der Tätigkeit dieser Wohnungskommissionen nichts gehört haben, so mag das seinen Grund zum guten Teil darin haben, daß in Preußen für diese Funktion die — altkonservativen Regierungspräsidenten bestellt worden sind. Daß diese reaktionären Bureaucraten sich wegen der großstädtischen Wohnungsnot nicht in große Unkosten stürzen, daß sie dazu am allerwenigsten geneigt sind, den Enteignungsweg zu beschreiten, bedarf nicht weiterer Begründung. Das an sich schon unzulängliche Gesetz ist praktisch bedeutungslos.

Die Voraussetzung gemeinnützigen Bauens, das in staatlicher oder kommunaler Regie zu erfolgen hat, ist in der Tat die Beschaffung von Grundbesitz und Baumaterial. Grundbesitz ist in reicher Fülle vorhanden, er müßte nur enteignet werden. Ungleich schwieriger ist aber die Baumaterialfrage zu lösen. Wir haben hier wieder ein lehrreiches Beispiel, daß es unter dem herrschenden Wirtschaftssystem unmöglich ist, Neues in großem Stile zu schaffen; die Biegeleien, Zementfabriken, Holzbearbeitungsfabriken, das Transportwesen, Kohlen- und Eisenproduktion müssen intensive Tätigkeit entfalten, wenn es dem Bauwesen nicht an den notwendigen Materialien fehlen soll. Namentlich Steine werden gebraucht, die Biegeleien müssen großzügig den Betrieb aufnehmen.

Da wir unter den chaotischen Wirtschaftszuständen mit einer umfangreichen Bautätigkeit in Kürze nicht rechnen können, das Geld aber von Tag zu Tag weiter answirbelt, muß dessen Milderung von einer andern, im Bereich des Möglichen liegenden Seite in Angriff genommen werden. Die überflüssigen Wohnräume der Reichen müssen für die Wohnungslosen in Anspruch genommen werden.

Auf dem Parteitag hat Genosse Soose diesen Grundsatz zur programmatischen Tagesforderung der Unabhängigen Sozialdemokratie erhoben, indem er erklärte, daß den Wohnungsbedürftigen Raum von denjenigen eingeräumt werden muß, die Räume im Überflusse besitzen. Seitdem ist diese Forderung überall erhoben und auf Drängen unserer Genossen auch in mancher Gemeinde, wenn auch sehr unzulänglich, durchgeführt worden.

Die großen und größten Wohnungen dürfen wegen der Raumverschwendung mit unbenutzten Räumen nicht mehr unangefastet bleiben. Mit welchen Vernunftgründen will man es denn rechtfertigen, daß, während eine kleine Bourgeoisfamilie 8, 10, 12 Zimmer mit vielem Zubehör oder eine Villa mit 20 und mehr Zimmern bewohnt, die Arbeiterfamilien, schlecht genährten Proletarierfamilien auf 2 bis 3 und in Keller gepfercht werden oder halb obdachlos in öffentlichen Gebäuden kampieren? Ein noch größerer Mangel ist aber die Tatsache des doppelten Wohnungsbesitzes in den Kreisen der Bourgeoisie. Die zahlungsfähigen Herrschaften besitzen im besten Viertel Berlins eine komfortable Winterwohnung und in irgendeinem Wohnort nennen sie eine herrliche Sommerwohnung ihr eigen. Man sehe sich die Berliner Vororte, besonders die westlichen, an und man wird einen sehr hohen Prozentsatz doppelter Wohnungen finden. Hier vor allem muß energisch zugegriffen werden.

Freilich sollen nicht die Schwierigkeiten übersehen werden, die mit der Aufteilung großer Wohnungen verbunden sind; namentlich der Einbau zweier Küchen und Klosets ist nicht immer leicht durchführbar. Auch dürfte es für viele Mieter nicht angenehm sein, als nur Gedulde in fremden Räumen zu hauen. Trotzdem sind diese Veränderungen aber leichter zu überwinden als die Bauwierigkeiten. Niemals aber darf an technischen Bedenken die Wohnungsrationierung scheitern. Die unter der Wohnungsnot schwer leidenden Massen würden das mit Recht nicht verstehen.

Neben diesen nur vorübergehenden und nur geringfügige Milderung verschaffenden Mitteln gegen die Wohnungsnot aber darf die Hauptaufgabe: die Schaffung neuer Wohnungen, nicht in den Hintergrund treten. Sie muß mit allen Mitteln in Angriff genommen und alle Schwierigkeiten müssen durch den festen Willen zur Konsumtion überwunden werden.

## Verstorbene Ehre.

Wir haben in Nr. 391 und 398 der „Freiheit“ den dokumentarischen Beweis erbracht, daß in den Räumen der Bezirksorganisation des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins, Bellevuestraße 7, unter der Leitung der Herren Wucherpfennig und Knothe ein Spitzelbureau unterhalten wird, in dem die Rechtssozialisten Fuhrmann, Weiß und Levy, die auch auf dem Verbandsbureau arbeiten, tätig sind. Wir haben ferner den dokumentarischen Beweis erbracht, daß dieses Spitzelbureau keine Berichte an die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes zu Händen des Geheimrats Radolny sendet. Obwohl inzwischen über vier Tage vergangen sind, hat weder das Auswärtige Amt noch eine der angeforderten Personen sich zu der Angelegenheit geäußert, und damit die Nichtigkeit unserer Angaben zugegeben. Lediglich der „Vorwärts“ als Eideshelfer aller Schwindelmänner hat in der Dienstag-Morgenausgabe einige Verleumdungsaussprüche riskiert. In der Mittwoch-Morgenausgabe gibt er nun einem Gewährsmann aus dem Bezirksverband der S. P. D. Groß-Berlin das Wort, der in der bekannnten Verlogenheit und durchtriebenen Art des „Vorwärts“ die Aufmerksamkeit von der Hauptache ablenken auf einen gänzlich gleichgültigen Punkt zu richten sucht, nämlich den, wo die Quelle unserer Wissenschaft sei.

Zur Sache selbst erklärt der Gewährsmann im „Vorwärts“: „Eine Spitzelwirtschaft irgendwelcher Art besteht nicht, weder bei uns, noch in dem erwähnten Bureau.“

Demgegenüber erklären wir, daß der Gewährsmann des „Vorwärts“ aus dem Bezirksverband S. P. D. Groß-Berlin bzw. nicht läßt, indem er durch diese Worte unsere Anklage zu entkräften sucht. Gegenüber diesem Verleumdungsmanöver hatten wir alle unsere Anklagegedanken vom ersten bis zum letzten

Wortanrecht. Die Art, wie der „Vorwärts“ und sein Gewährsmann aus dem Bezirksverband S. P. D. Groß-Berlin unsere dokumentarischen Feststellungen aus der Welt zu schaffen bestrebt sind, erklären wir als Lüge und einen Versuch bester Strafverfolgung. Wir erwarten, daß der „Vorwärts“ und sein Gewährsmann uns verklagen und uns damit die Möglichkeit geben, die Spitzelwirtschaft im Bezirksverband S. P. D. Groß-Berlin und im Auswärtigen Amt vor aller Öffentlichkeit zu enttarnen. Wird die Klage gegen uns nicht erhoben, so ist damit der Beweis gegeben, daß der Bezirksverband S. P. D. Groß-Berlin wie auch das Auswärtige Amt die gerichtliche Klarstellung der Angelegenheit zu scheuen haben.

## Eine neue Weltblamage.

Der Streit in Oberschlesien dauert fort.

Auch am Mittwoch ist die Arbeit in Oberschlesien nur in ganz geringem Maße aufgenommen worden. Man kann noch immer von einem allgemeinen Streik sprechen. Das von Herrn Göring ausgesprochene Streikverbot und der zu gleicher Zeit angedrohte Arbeitszwang haben sich also als ganz wirkungslos erwiesen. Wenn die Regierung in Oberschlesien überhaupt noch etwas an ihrem Ansehen verlieren konnte, so ist das jetzt geschehen. Nach allem, was wir bisher von ihr erlebt haben, glauben wir allerdings nicht daran, daß sie Herrn Göring endlich zurückrufen und dem Zustande der brutalen, sinnlosen Gewalt ein Ende machen wird.

Die bürgerliche Presse sieht sich endlich genötigt, den Ursachen der jetzigen schwierigen Lage nachzugehen. Ihre Berichterstatter beginnen allerdings mit ihren Untersuchungen erst bei den jetzigen Unruhen, sie verschweigen ganz, daß diese Unruhen erst mit dem erneuten Ausmarsch eines Heeres in Oberschlesien begonnen haben. Vorher war in Oberschlesien alles ruhig. Der Massenstreik der ober-schlesischen Arbeiter steht mit den jetzigen Unruhen nur insofern im Zusammenhang, als die Regierung glaubte, mit ihren Truppen den Streik niederzuwerfen zu können und dadurch erst die Zusammenstöße provoziert hat.

Die ober-schlesischen Vorgänge haben die deutsch-polnischen Verhandlungen, die mit Berlin geführt wurden vorläufig unterbrochen. Die polnischen Delegierten machten der deutschen Regierung zum Vorwurf, daß sie allein die Verantwortlichkeit für die in Oberschlesien geschaffene Lage zu tragen habe und daß sie deshalb in der dadurch geschaffenen Atmosphäre nicht weiter mit den Deutschen verhandeln könnten. Der Berliner „Kourier“ bemerkt dazu, daß die ernste Lage jetzt so gut wie ausschließlich durch einen Akt offener und im wahrsten Sinne moderner Diplomatie von polnischer Seite zu retten sei. Diesen Akt darf man aber nicht allein von den Polen erwarten. Die deutsche Regierung muß sofort Schluß mit der Gewaltpolitik in Oberschlesien machen und eine Verständigung mit den Arbeitern und den Polen herbeiführen!

Inzwischen hat sich jedoch die deutsche Regierung eine neue Weltblamage geholt. Die Entente läßt verlauten, daß sie in kürzester Zeit Truppen in Oberschlesien einmarschieren lassen würde, da sich die deutsche Regierung als unfähig erwiesen habe, dort Ordnung zu schaffen. Welches beschämende Zeugnis für die deutsche Regierung, daß sie erst in Polen, dann in Kurland und jetzt in Oberschlesien Befehle von der Entente entgegennehmen muß!

## Die Entente will Ordnung schaffen.

Paris, 20. August. (Gow.)

Die Mächte meinen, daß angesichts der unruhigen Lage in Oberschlesien der Oberste Rat der Alliierten den militärischen Führern Anweisung erteilt hat, in diesem Lande Ordnung zu schaffen. Es ist anzunehmen, daß die Befehle beschleunigt werden.

## Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen?

Offiziell wird gemeldet: Nachträglich sprachen drei Mitglieder der polnischen Delegation im Auswärtigen Amt vor und boten um Wiederaufnahme der Besprechungen. Es wurde darauf hin für heute abend eine Konferenz anberaumt, an der außer den deutschen und den polnischen Delegierten der General Dupont sowie andere Vertreter der hier weilenden Militärmissionen teilnahmen.

## Kriegsberichte.

Berlin, 20. August.

In Oberschlesien hat sich die Lage dadurch erheblich zugespitzt, daß die bisher gegen die Grenzschutztruppen operierenden Banden Parteien Zugung von jenseits der polnischen Grenze erhalten haben und noch erhalten. Dieser Zustrom zwingt leider zu der Annahme, daß die polnischen Grenzbehörden bisher keine ausreichenden Maßnahmen getroffen haben, um zu verhindern, daß die kritische Lage in Oberschlesien noch weiter verschärft wird.

Berlin D. Z., 20. August.

In Laurahütte brachen gestern Abend Unruhen aus. Durch Befehle der vorübergehenden Patrouillen aus den Fenstern wurden fünf Soldaten verletzt. Ferner verfuhr der Wäbel in der Nacht zwei Angriffe auf das Postamt, die abgeschlagen wurden. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Bataillon Marine-truppen aus Ruda nach Laurahütte in Marsch gesetzt, um Hausdurchsuchungen und eventuell Verhaftungen vorzunehmen. Die in Gubullahütte verammelten Truppen haben heute den Ort nach weiteren Waffen ab, ebenso die Orte G. Bielau und Scharitz. Fünf neue Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Die Parteien und die Kriegsgefangenen.

Von sämtlichen Parteien einschließlich der unabhängigen Partei ist in der Nationalversammlung folgende Entschließung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen eingebracht worden: Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die deutsche Nationalversammlung hat wiederholt mit allem Nachdruck die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen gefordert. Sie erhebt noch einmal ihre Stimme, um vor aller Welt den Empfindungen des deutschen Volkes Ausdruck zu geben angesichts der sinnlosen seelischen Marter, zu der durch die unabsehbare Verzögerung der Auslieferung der Gefangenen und ihre

Ungehörigen verurteilt sind. Die Nationalversammlung tritt unter dem erschütternden Eindruck zahlreicher Beweise, daß die Zahl der Opfer dieses Krieges noch nach dem Friedensschluß durch Tausende von Gefangenen vermehrt wird, die von der Wästar und Unsicherheit ihrer Lage gequält, körperlich und seelisch zugrunde gehen. Sie steht unter dem Eindruck der heillosen Verzweiflung von Frauen und Angehörigen, die das Ende ihrer unermüdeten Spannung immer wieder hinausgeschoben sehen. Und sie erhebt mit dem Nachdruck und der Eindringlichkeit, die dem Protest gegen zweifache Grausamkeit und dem Appell an die Menschlichkeit innewohnt, die Forderung, daß mit dem Abtransport der Gefangenen unverszüglich begonnen wird. Aus dem gleichen Grundsatze heraus fordert die Nationalversammlung, daß dem Abtransport der in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen seitens der Entente keine weiteren Schwierigkeiten bereitet werden.“

## Ein Dementi des Reichskanzlers.

Weimar, 20. August.

In der Presse wird der Inhalt einer Unterredung verbreitet, die der Reichskanzler Bauer einem Korrespondenten des „Gauzeiter“ gewährt haben soll. Dazu ist zu bemerken:

Der Reichskanzler hat keine Unterredung mit einem Korrespondenten des „Gauzeiter“ gehabt, sondern er hat ein Gespräch mit einem holländischen Professor geführt. Dieses Gespräch bildet die Grundlage für die fragliche Pressemitteilung. Diese Grundlage ist aber sowohl dem Sinn als auch dem Wortlaut nach vollständig einseitig wiedergegeben worden; völlig falsch sind insbesondere jene Äußerungen, die sich auf das Verhältnis der Mehrheitssozialisten zu den Unabhängigen beziehen. Die Annahme die Wiedergabe des Gesprächs ist, geht aus dem Satz hervor: Sobald aber königstreue Offiziere eine unschuldige Verurteilung veranlassen, wird sofort Reaktion geschehen.

Es ist selbstverständlich, wird aber hiermit noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß der Reichskanzler eine solche Äußerung niemals getan hat.

Wir geben das Dementi des Reichskanzlers lapidarerweise wieder, müssen aber zugleich unserem fremden Ausdrück geben, daß Herr Bauer nicht Vorzeige getroffen hat, daß er von ihm einem Pressevertreter gewährte Unterredung nicht in entstellter Form in die Öffentlichkeit gelangte.

## Die Reaktionsherrschaft in Ungarn.

Bildung eines neuen ungarischen Kabinetts.

HN. Wien, 20. August.

Das „Neue Vaterland“ meldet, daß der ungarische Minister des Innern, Ferenczy, die Bildung des neuen ungarischen Kabinetts übernommen habe, das nach dem Rücktritt der Radikalen Partei und ihrer Angehörigen, vor allem des Ministerpräsidenten Reichardt, des Kriegsministers Schöner sowie des Reichsbeamten Herzog als Koalitionskabinetts gebildet werden soll. Erzherzog Josef soll das Kommando der neuen ungarischen Armee, die eine Polizeitruppe sein wird, übernehmen.

## Judenbege.

H. N. Wien, 20. August.

Die „Mittepost“ meldet aus Budapest, daß die Lage der Regierung unhaltbar ist. In Budapest kam es in den letzten Tagen zu großen Judenbegehungen, bei denen es einige Tote und Verwundete gegeben hat. In Transdanubien nehmen die Judenbegehungen außerordentlich großen Umfang an. Es beteiligten sich auch Offiziere der Szegediner Armee daran.

## Kohle und Lebensmittel für Budapest.

Budapest, 20. August.

Gestern traf in Budapest ein englischer Schlepper ein, der über Braila englische Kohle brachte, die dazu verwendet werden soll, daß der normale Personenverkehr zwischen Budapest und Preßburg mit Schiffsantrieb nach Wien und zwischen Budapest, Paks und Baja mit Schiffsantrieb nach Budapest ermöglicht werden. Weitere englische Kohlenlieferungen sind zu erwarten. Die erste Lebensmittellieferung für Budapest, die von englischen Marinetruppen auf englischen Schiffen herangeführt wird, wird voraussichtlich schon morgen in Budapest eintreffen. Hier halten sich übrigens bereits mehrere englische Wachtschiffe auf, so trat in unmittelbarer Nähe Budapest eine aus sechs Wachtschiffen bestehende englische Flottille ein.

## Rätematheematik.

Am Dienstag hielt die Rätengesellschaft für Wirtschaftswissenschaften im Herrenhaus eine harte Besuche Versammlung ab. Neben Dr. Goldschmidt und Müller-Neuhaus sprach ein Herr Wind, der am Haus von farbigen Tafein — ähnlich überzeugend wie die großartigen Darstellungen der Theosophen — den Aufbau des Räte-Wirtschaftssystems, sowie den Umlauf von Geld, Kraft und Stoff darzustellen versuchte. Lebhafter Wechsel folgte den Ausführungen der Referenten, denen die Einführung ihrer Rätengesellschaft wichtiger zu sein scheint als die Entschärfung des Rätgedankens.

Eine Untersuchung gegen deutsche Generale. Nach Mitteilung des „Grenzpost“ aus Biele ist dort eine Untersuchung eingeleitet worden gegen die beiden Militärregimenten württembergischer Besatzung Generale von Geyrich und von Graevenitz, außerdem gegen den deutschen Major Hummel.

Aufnahme der Beziehungen zu Portugal. Die Friedenskonferenz hat nach der „Daily Mail“ Portugal gestattet, wieder geschäftliche Verbindungen mit Deutschland anzuknüpfen.

Der Friedensvertrag für Österreich. Der Oberste alliierte Rat hat Dienstag nachmittag das Reaktionskomitee aufgefordert, das beantragte ist, den endgültigen Text des Friedensvertrages mit Österreich festzusetzen, und ihm in Bezug auf den Einfluß der notwendigen Anweisungen gegeben. Man glaubt, daß das Reaktionskomitee die Arbeiten Ende der Woche abschließen wird und der Friedensvertrag, nachdem er von den Obersten Rat genehmigt ist, der österreichischen Delegation ungefähr Mitte nächster Woche übergeben werden kann.

Zwei bulgarische Notizen. Die bulgarische Delegation hat bei der Friedenskonferenz zwei Notizen überreicht. Die eine betraf die württembergische Truppen, die zum Schluß, daß das Gebiet zwischen Wehr und Pariza aus historischen, ethnischen und wirtschaftlichen Gründen Bulgarien gehören muß. Die zweite Note bezieht sich auf die vom interalliierten Ratmannegeforderten militärischen Maßnahmen. Die Entente muß den Heeres, Veranlassung des Offizierskorps usw. treffen. Wegen die Bedingungen sind produziert.



Seite von 8 Uhr vorwärts ab auf dem Bahnhof durch den...

Eine schwarze Lederne Brieftasche mit 340 R. ist auf der Fahrt...

Lebensmittelfalender.

Berlin. Von Donnerstag, den 21. bis einschließlich Sonntag...

Pankow. Die für Kinder von 1. bis 6. Lebensjahre mit dem...

mittags statt und zwar für Personen mit dem Vorkaufsbuchstaben...

Reinickendorf. Auf Abschnitt 209 A/B der grünen Lebensmittel...

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung des Vor...

am Donnerstag aus und findet statt Freitag, den 22. u. 23. u. 24.

Bereinstellender.

Pankow. Freitag, abends 7 Uhr, in Linders Konzertsaal...

Theater und Vergnügungen. Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater. Kantien-Allee 7-9. Woplers Bummelfahrt.

Berliner Theater. Hauptspielbühnen-Meister Bromme. Täglich 7 1/2 Uhr.

Theater i. d. Kömigsgräber Str. Am Sonnabend, 22. August, 7 1/2 Uhr.

Freie Volksbühne. Donnerstag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr.

Rödingsgrüner Straße. 6 Uhr: Musik (Hochbräut).

Schau-Burg. Androssstraße 64. Heute Schluß-Ringkämpfe.

Ballschmieders Varieté-Garten. Weissenseer Sommer-Theater.

Achtung! Adlershof! Freitag, den 22. August, abends 7 Uhr.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Donnerstag, den 21. Er. abends 7 1/2 Uhr.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. 6 Uhr: Lieder von der Platz.

Groß-Berlin. Hasenheide 13/15. Ringer-Weltstreit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Vermittlungsstelle Berlin N. 54.

Achtung! Schuhmacher! Am Freitag, den 22. August, nachmittags 5 Uhr.

Platin, Gold, Silber. J. Weinstock G.m. Mohrenstraße.

Berliner Theater. Sonntag: Die Dame im Frack.

Vergnügungs-Palast. Grob-Berlin. Hasenheide 13/15.

Achtung! Vertrauensmännertreffen. der Maschinen-, Auto- und Motorrennwagen.

Achtung! Schuhmacher! Am Montag, den 25. August, abends 7 Uhr.

Ankauf von Brillanten. Berlin, Mohrenstraße 16.

Das höhere Leben. Schauspiel von Siedemann.

Grosser Ball. Hof Rogowitzer Schutz für 2000 Personen.

Achtung! Wasser! Achtung! Arbeiter! Öffentliche Versammlung.

Zentralverband der Schuhmacher. Verwaltung Berlin.

Metallankauf. Kupfer, Messing, Zinn usw.

National-Theater. Familie Mannemann.

Schloßbrauerei. Schöneberg. Hauptstr. 122-123.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Creditverwaltung Groß-Berlin.

Achtung! Steinleher u. Berufsgenossen! Sonntag, d. 24. August.

Kupferdrähte. Kabel, Litzen. Carl Rupp.

Der heilige Florian. Casino-Theater.

Gr. Entscheidungskampf. am den Fern-Andra-Preis.

Achtung! Die Ombertverwaltung. Der Groß-Berliner Vollzugsrat.

Volkswohl-Lotterie. 3667 Gewinne = Markwert.

Elektromotoren. Otelestrom u. Drehstrom.

Großstadt-Pflanzen. Volksstück in 3 Akten.

Gr. Entscheidungskampf. am den Fern-Andra-Preis.

Photo-Platten. aus Heeresbeständen.

H.C.Hahn's Wwe. Berlin S14.

Amorphiden. 20000 Erfolge mit BOKASAL.

Schweizergarten. Am Friedrichshain 29-32. Große Benefiz-Vorstellung.